

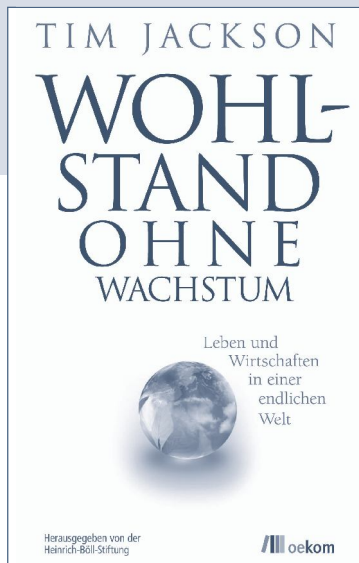
Wohlstand ohne Wachstum

Jackson, Tim: *Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt*, München: oekom 2011 (Orig. *Prosperity Without Growth. Economics for a Finite Planet*, London: Earthscan 2009), 239 S., ISBN 978-3-86581-245-2.

Tim Jackson, Leiter der Wirtschaftlichen Führungsgruppe der Kommission für Nachhaltige Entwicklung der britischen Regierung, gelingt es mit diesem Buch, einen allgemein verständlichen Überblick über den aktuellen Stand der angelsächsischen Diskussion zur Postwachstums-Ökonomie zu geben. Jacksons Ziel: eine „intensive öffentliche Debatte [zu] eröffnen“ (S. 194) über das Dilemma moderner Volkswirtschaften, entweder an internen Wachstumszwängen zu scheitern (mit allen damit einhergehenden sozialen Verwerfungen) oder an externen ökologischen Grenzen zu zerschellen.

Ausgangspunkt ist die These, Wohlstand sei mehr als die Befriedigung materieller Bedürfnisse und insofern nicht nur mit dem Wachstum des BIP abzubilden. Zum zentralen neuen Kriterium zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit von Volkswirtschaften wird (in Anlehnung an Amartya Sen) deren Fähigkeit, „menschliches Gedeihen“ unter Berücksichtigung der ökologischen Grenzen – zunehmende Ressourcenverknappung sowie die sich erschöpfenden Senkenfunktionen der Ökosysteme – zu ermöglichen.

Alle Versuche, diese ökologischen Grenzen mittels einer Entkopplung von Wachstum und Materialverbrauch zu überwinden, sind für Jackson weitgehend ein „Mythos“, ebenso wie keynesianische Ansätze im Sinne eines „New Green Deal“ zwar unverzichtbar, aber letztlich zu kurz gesprungen sind. Es geht ihm um nichts



weniger als eine neue, ökologisch sensible Makroökonomie in Weiterführung der erstmals von Herman Daly entworfenen „steady state economy“. Die zentrale Herausforderung dabei: das Auflösen des Wachstumsdilemmas zwischen Nachhaltigkeit und Stabilität. Die von Jackson so genannte „Aschenbrödel-Wirtschaft“ (u. a. autarke Gemeinschaften, etc.) gibt hierfür zwar wichtige Hinweise, generiert aber zu wenig an Wirtschaftsleistung. Auch ein sog. „alternativer Hedonismus“ (das LOHAS-Phänomen) ist für ihn wenig mehr als eine Randerscheinung und steht zudem letzten Endes für ein ungerechtfertigtes Abwälzen von Verantwortung auf das Individuum. Stattdessen ist ein struktureller Wandel gefordert, der „falsche Anreize für nichtnachhaltigen Wettbewerb um Status“ abbaut und zum „Aufbau neuer Strukturen für menschliches Gedeihen“ führt.

Kernaufgaben dieser neuen ökologisch bewussten Makroökonomie sind

das Garantieren ihrer Belastbarkeit, das vermehrte Herstellen sozialer Gleichheit sowie die Akzeptanz ökologischer Grenzen. Damit einher geht eine veränderte Sicht auf Arbeits- und Kapitalproduktivität sowie eine Änderung der geltenden gesellschaftlichen Logik („das eherne Gehäuse“) des Konsumismus. Ein derart neues Wirtschaftsmodell wird nach Jackson gekennzeichnet sein von mehr Egalitarismus, vom strukturellen Übergang zu speziellen Formen von Dienstleistung, von Investitionen in ökologisches Vermögen, sowie einer verringerten Gesamtarbeitszeit. Diese neue Balance zwischen Konsum und Investitionen schließlich hat Konsequenzen für das Eigentumsvermögen und dessen Erträge sowie dann geltende Lohnstrukturen.

Neben den politisch jeweils hochumstrittenen Detailumsetzungen sind drei grundsätzlichere Kritikpunkte anzubringen: „Wohlstand ohne Wachstum“ ist, erstens, weitgehend eurozentrisch, d. h. die Sicht der bzw. auf die Schwellen- und Entwicklungsländer bleibt beinahe gänzlich außen vor. Die Frage nach den Akteuren des Wandels wird, zweitens, nur unzulänglich beantwortet: Dem Staat kommt eine sehr starke Rolle zu, diese ist zwar demokratisch zu legitimieren, wie aber die Mehrheit des Souveräns für dieses Projekt fundamentalen Wandels zu gewinnen sei, darüber schweigt sich Jackson aus. Schließlich: Ein Business-as-usual-Szenario sieht Jackson auch in Zukunft als Möglichkeit, wohingegen viele dies aufgrund der deutlich weiter fortgeschrittenen Ressourcenverknappung als in der Regel angenommen als gar nicht mehr möglich erachten.

Das Buch erschien im Original 2009 und ist stark geprägt vom damaligen Optimismus auf tatsächliche strukturelle



Veränderungen im Gefolge der Finanzkrise 2008. Zum Zeitpunkt des Erscheinens der deutschen Übersetzung 2011 scheint dieser Optimismus weitgehend

verschwunden, gleichzeitig jedoch ist die Notwendigkeit zur „großen Transformation“ drängender denn je; siehe dazu das Hauptgutachten 2011 des wissenschaftli-

che Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU).

Mattias Kiefer, München

Zauberformel Soziale Marktwirtschaft

Bedford-Strohm, Heinrich/Jähnichen, Traugott/Reuter, Hans-Richard/Reihs, Sigrid/Wegener, Gerhard im Auftrag der Stiftung Sozialer Protestantismus (Hg): Zauberformel Soziale Marktwirtschaft? (Jahrbuch Sozialer Protestantismus 4), Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2010, 325 S., ISBN 978-3-579-08053-6.

Sich kritisch mit den Fragen der Sozialen Marktwirtschaft in Zeiten mannigfaltiger Krisen auf den globalen Finanzmärkten und drohender Staatspleiten im Euroraum auseinander zu setzen, liegt nicht nur im Trend, sondern ist auch von der Sache her angezeigt. Es gilt, die Zielsetzungen einer sozialen Marktwirtschaftsordnung erneut auf ihre Potentiale zur Lösung aktueller Probleme hin auszuloten, nicht zuletzt in einer globalen Perspektive. Der vorliegende Sammelband stellt sich dieser Aufgabe und betont durch den schlagwortartigen Titel: „Zauberformel Soziale Marktwirtschaft?“ den plakativen oder magischen Status der Rede von der Sozialen Marktwirtschaft. Die ersten Beiträge von Traugott Jähnichen und Hans-Richard Reuter heben allerdings noch nicht auf aktuelle Probleme ab, sondern graben nach den protestantischen Wurzeln der Konzeption einer Sozialen Marktwirtschaft. So ist auf den ersten rund 70 Seiten viel von „geistigen Vätern“ wie Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow, Alfred Müller-Armack usw. die Rede. Die Thematik wird nicht kontrovers-theologisch abgehandelt, sondern nach ideengeschichtlichen Zusammenhängen von protestantischen Grundhaltungen und ökonomischem Denken strukturiert. Jähnichen arbeitet dabei die Affinität protestantischer Autoren zum Ordoliberalismus heraus und führt dies u. a. auf anthropologische und ge-

sellschaftspolitische Grundannahmen zurück, welche den Freiheitsgedanken und die Subjektstellung des Menschen im Wirtschaftsgeschehen hervorheben. Hier wäre es aus katholischer Sicht anregend, ideengeschichtlich auf einige konfessionelle Unterschiede einzugehen. Die traditionelle katholische Soziallehre tat sich u. a. wegen dieser Grundmotive eher schwer mit dem Ordoliberalismus, hinter dem sie zu viel Liberalismus witterte, und setzte daher weniger auf die Individual- denn auf die Sozialstruktur des Menschen, was sich auch in der Präferenz des sozialstaatlichen Modells im Sinne Bismarcks äußerte. Allerdings streift Sigrid Reihs diese Thematik im Dokumentationsteil des Sammelbandes in Bezug auf eine ökumenische Tagung. Versucht Jähnichen die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft mehr oder weniger kohärent auszuweisen, so mahnt Reuter zur Vorsicht. In einer Gegenüberstellung von Walter Eucken und Alexander Rüstow präsentiert er zwei von ihren protestantisch-religiösen Selbstverständnissen her unterschiedliche Persönlichkeiten. Es gelingt ihm überzeugend, Brücken von diesen Selbstverständnissen zu den philosophischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Argumentationen beider Vertreter herzustellen. Er resümiert, dass es bei Eucken letztendlich um „Ordnung durch Wettbewerb“ und bei Rüstow um die „Ordnung des Wettbewerbs“ gehe.

Mit dem Beitrag von Gustav Horn über: „Der große Irrtum – Warum die Finanzmarktderegulierung scheitern musste“ schwenkt der Sammelband zu mehr aktuellen Problemen. Er fokussiert in seiner Analyse vor allem auf die Abkopplung von Finanz- bzw. Derivatmärkten und Realwirtschaft, die globalen Handelsbilanzungleichgewichte und



die wachsenden Ungleichheiten von Einkommens- und Vermögensverteilung sowie die daraus folgenden nationalen und internationalen Instabilitäten. Hinter der Krise will er als „maßgebliche Wurzel“ das intellektuelle Versagen der Wirtschaftswissenschaften erkennen. Fast alle wichtigen Ökonomen hätten in einer Art marktwirtschaftlichem Positivismus, welcher Marktergebnisse für optimal und krisenfrei erkläre, die Deregulierung der Finanzmärkte vorangetrieben. Die dahinter stehenden Illusionen seien jedoch geplatzt. Für den Standort Deutschland empfiehlt er eine Stärkung der Binnen-nachfrage, welche zudem die Defizitländer des Euroraumes entlasten und die Leistungsbilanzungleichgewichte senken würde. Deutschland könne somit auch seiner Verpflichtung zur weltwirtschaftlichen Stabilität nachkommen. Horn setzt also konsequent auf Nachfragepolitik in keynesianischer Programmatik.



Jörg Hübner widmet sich ebenfalls den internationalen Finanzmärkten und stellt deren Informationsgenerierung in Frage. Spekulationen seien nützlich, wenn sie helfen, Risiken abzumildern bzw. Geschäfte abzusichern. Sie seien jedoch geradezu zerstörerisch, wenn sie selbst Impulse setzten und destruktive Wirtschaftsvorgänge auslösten. Wichtiges Ziel einer vom Ordoliberalismus inspirierten Finanzwirtschaft sei die Wiederherstellung ihrer Dienstleistungsfunktion im Rahmen einer möglichst globalen marktwirtschaftlichen Ordnung.

Monika Burmester skizziert die Probleme einer nationalstaatlich konzipierten Sozialen Marktwirtschaft, die mit offenen Güter- und Arbeitsmärkten konfrontiert wird. In ihrer kenntnisreichen Analyse stellt sie allerdings mehr Fragen als sie beantwortet. Eine der Fragen bezieht sich auf die Arbeitsmarktflexibilisierung und die Einschränkungen in der sozialen Sicherung, die Deutschland ihres Erachtens als Preis für internationale Wettbewerbsfähigkeit gezahlt habe. Die Soziale Marktwirtschaft müsse sich fragen lassen, wie sie angesichts dieser Herausforderungen „Wohlstand für alle“ sicherstellen wolle.

Der Beitrag von Peter Pavlovic weitet in visionärer Weise die Perspektive über die Ökonomie hinaus in den Bereich der kulturellen Einbettung von wirtschaftlichem Handeln und der Relevanz von Ethik in der Entwicklung der EU. Auf die großen integrativen europäischen Strategien hinzuweisen, erscheint gerade in einer Zeit notwendig, in der es – auf die EU bezogen – nur noch um wirtschaftliche Fragen zu gehen scheint. Pavlovic nimmt dazu das von der EU Kommission vorgelegte Dokument „Europa 2020“ in den Blick. In seiner Analyse mahnt Pavlovic an, dass sich eine Vision von Europa nicht nur in Statistik erschöpfen dürfe, sondern weitere Elemente und tiefer liegende Herausforderungen berücksichtigen müsse. Daher ruft er die Schuman-Deklaration von 1950 in Erinnerung, die für die Vision eines Europas des Friedens und der Solidarität als Wertegemeinschaft steht. Den Kirchen weist er die Aufgabe zu, die-

se Tiefendimension der Einigung und Entwicklung Europas immer wieder offenzulegen. In der Tradition der christlichen Begründer der Sozialen Marktwirtschaft sollten sich die Kirchen für die Perspektive einer gesellschaftlichen Entwicklung einsetzen, die sich jenseits von Angebot und Nachfrage als eigentliches Ziel gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung verortet.

Hat sich die Leserin/der Leser bis hierher doch eher gelassen zurücklehnen können, um die Segnungen der Sozialen Marktwirtschaft in Vergangenheit und Gegenwart Revue passieren zu lassen, so wird man spätestens durch Wolfram Stierle aufgeschreckt. Er bedenkt die Chancen der Sozialen Marktwirtschaft, Leitbild einer globalen Zukunftspolitik zu sein. Neben ganz praktischen Bedenken, die etwa das Fehlen globaler ordnungspolitischer Strukturen betreffen, zweifelt er auch an der Berechtigung einer pauschalen Übertragung dieser Wirtschaftsordnung. So stehe die real existierende Soziale Marktwirtschaft auch für ein Modell mit dem sich – nicht zuletzt durch Ausbeutung karboner Energie – Umweltzerstörung verbinde. Weitere Kritikpunkte betreffen die seines Erachtens unzutreffenden ökonomischen Grundannahmen in Bezug z. B. auf Marktgleichgewicht und Nutzentheorie. Stierle mahnt an, nicht nur die Übertragung eines Modells zu erwägen, sondern im Rahmen einer nachhaltigen globalen Zukunftspolitik Problemlösungen für globale Ungleichheiten, Klimawandel, Armut und mangelnde Formen globaler Governance zu suchen. Etwas süffisant bemerkt er im Ausblick: „Der Wunsch nach Wohlstand für alle und Zigarren für alle, die sie schätzen, ist eine inspirierende aber auch dunstige Vision“ (S. 185). Er geht gewiss an der einen oder anderen Stelle sehr hart mit der realen Sozialen Marktwirtschaft ins Gericht. Würde man sie mit Alternativen wie z. B. dem angloamerikanischen Wirtschaftsmodell vergleichen, fiel das Urteil sicher gnädiger aus. Sein Verdienst ist es, Wasser in den Wein der oft euphorischen Besinnung auf ein Konzept zu gießen,

welches zweifelsohne in der Umsetzung auch kritikwürdig ist. Eine solche Reflexion vorzunehmen ist angezeigt, bevor man es als exportfähiges Modell global weiterreicht.

John M. Itty greift viele bereits angesprochene Baustellen globaler Ökonomie auf (ausufernder Finanzkapitalismus, Vernachlässigung der Realwirtschaft, Umweltzerstörung usw.) und entfaltet sie aus der Sicht Indiens. Er setzt sich weniger für staatlich denn für gesellschaftlich kontrollierte Märkte ein. Hans G. Nutzinger hebt im Anschluss an Franz-Josef Radermacher nochmals die Notwendigkeit hervor, das Konzept regulierter Märkte im Sinne des Ordoliberalismus zu einer Ökosozialen Marktwirtschaft auszubauen. Im Anhang des Bandes werden schließlich einige Dokumentationen und Rezensionen präsentiert, unter denen besonders die Beiträge von Torsten Mereis und Wolfgang Huber hervorzuheben sind.

Die Lektüre des Buches ist lohnenswert. Dass ein Sammelband nicht immer streng homogen aufeinander aufbaut, liegt im Charakter desselben, hat aber den Vorteil, einzelne Beiträge nach Interessen auswählen zu können. Auch wenn der Band im Gewand konfessioneller Schwerpunktsetzung auftritt, sollte die katholische Leserin/der Leser nicht zurückschrecken, kommt hier doch inhaltlich erneut zum Ausdruck, wie nahe sich beide Konfessionen im Fachbereich der Sozialethik sind.

Udo Lehmann, Wuppertal



Global aber Gerecht

Global aber Gerecht. Klimawandel bekämpfen, Entwicklung ermöglichen. Ein Report des Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, Institut für Gesellschaftspolitik München im Auftrag von Misereor und Münchener Rück Stiftung, Beck: München 2010, 240 S., ISBN 9783406606564.

Zielsetzung der Studie ist es, die Problembereiche „Klima und Armut“ zu verknüpfen, um eine integrierte Gesamtlösung zu entwerfen, die sowohl Armutsüberwindung ermöglicht als auch den klimapolitischen Zielsetzungen Rechnung trägt. Für den Bd. haben Ottmar Edenhofer, Johannes Wallacher, Michael Reeder und Hermann Lotze-Campen die zentrale Verantwortung übernommen. Es sind aber eine Reihe weiterer Autoren beteiligt.

Ausgangspunkt der Überlegungen ist der Sachverhalt, dass die ärmsten Menschen, die an den Ursachen des Klimawandels am wenigsten beteiligt sind, am härtesten von seinen Folgen betroffen sein werden und über die wenigsten Ressourcen verfügen, sich vor seinen Folgen zu schützen bzw. sich anzupassen. Ernährungssicherheit, Wasserversorgung und Gesundheitsschutz werden in einigen Teilen der Erde durch den Klimawandel gefährdet. Die Folgen werden anhand von Schaubildern, die allerdings recht klein geraten sind, für die gesamte Welt graphisch veranschaulicht. Besonders wird auch die Gefährdung der Bevölkerung in küstennahen Gebieten sowie auf flachen Inseln dargestellt. Bisher war Wirtschaftswachstum, das zur Armutsbekämpfung legitimerweise von Entwicklungs- und Schwellenländern angestrebt wird, mit einem wachsenden Verbrauch fossiler Energien verbunden.

Das zentrale 3. Kapitel des Bandes beschäftigt sich mit der normativen Perspektive. Gerechtigkeit hat dabei

- eine vergangenheitsbezogene Perspektive, weil die etablierten Industrienationen für den größten Teil der

CO₂-Anreicherung in der Atmosphäre verantwortlich sind,

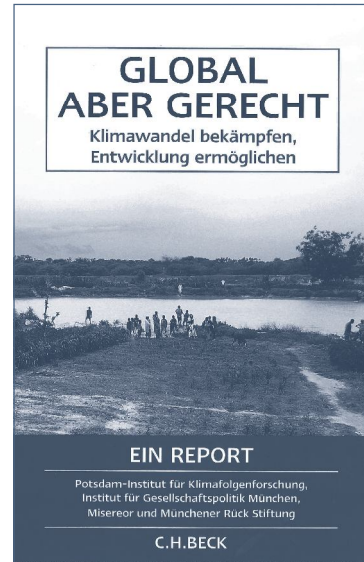
- eine gegenwartsbezogene Perspektive der Nutzung und Verteilung materieller Ressourcen zwischen armen und reichen Regionen der Erde sowie
- eine zukunftsbezogene Dimension menschenwürdiger Lebensbedingungen für kommende Generationen.

Die normative Debatte nimmt ihren Ausgangspunkt bei den Menschenrechten. Es werden drei zentrale Dimensionen von Gerechtigkeit postuliert, nämlich

- die Sicherung von Grundbedürfnissen für den einzelnen Menschen,
- effektive Handlungschancen und
- faire Verfahren (z. B. zur Partizipation an der gesellschaftlichen Willensbildung).

Die Gerechtigkeitsforderung für den Einzelmenschen lässt sich am besten subsidiär einlösen, d. h. durch Übertragung von Verantwortung auf die jeweils kleinere Einheit, wobei wegen der globalen Bedeutung von CO₂ und weiteren Klimagasen weltweite Vereinbarungen unverzichtbar sind.

Aus den Ländern des Südens wird vor allem auch die historische Verantwortung der Industrieländer für den seit Beginn der Industrialisierung angehäuften CO₂-Ausstoß betont. Dieses Argument hat aber zwei Schwächen, weil erst seit ca. 1990 relativ sicher die Kombination von CO₂-Ausstoß und Klimawandel als gesichert gilt und Verstorbenen nicht haftbar gemacht werden können. Deshalb plädieren die Autoren für eine zukunftsgerichtete Perspektive. Die grundlegenden Ziele von Klimaschutzpolitik, Anpassungspolitik und Entwicklungspolitik können in Konflikt geraten, u. a. auch, weil sie eine unterschiedliche zeitliche Dimension aufweisen. Staaten, die über größere finanzielle Handlungsmöglichkeiten, mehr Wissen, größere technologische Fähigkeiten und mehr politischen Einfluss verfügen, sind stärker zum Handeln verpflichtet.



tet. Die größeren Kapazitäten spiegeln z. T. auch die historischen Lasten wieder. Ebenso sind diese Staaten nicht nur für Klimapolitik und Anpassung, sondern auch für deren Entwicklung in ärmeren Ländern mitverantwortlich, wenn deren Fähigkeiten überfordert sind. Weiterhin wird auf den Zusammenhang von Individualethik und Ordnungsethik eingegangen und das Defizit des Fehlens globaler Ordnungspolitik hervorgehoben. Es wird zudem ein neues Leitbild jenseits eines am kurzfristigen materiellen Konsum orientierten Lebensstils gefordert. Abschließend wird auf die Bedeutung der Religionen eingegangen, die z. B. über ihr Natur- und Weltverständnis (Erde als göttliche Schöpfung) eine Sensibilität für die Umwelt schaffen und zu zivilgesellschaftlichem Engagement motivieren können.

Es wird dann näher das 2°C-Ziel als Obergrenze für den weltweiten Temperaturanstieg begründet, um zu hohe Kosten zu vermeiden und Entwicklungsländern nicht das Potential zur Armutsbekämpfung abzuschneiden. Anschließend werden Möglichkeiten diskutiert, das Ziel durch Energieeffizienz, erneuerbare Energieträger oder Abscheidung von CO₂ zu erreichen. Wenn man Bioenergie verfeuert.

ert und das CO₂ lagern könnte, könnte der Atmosphäre sogar CO₂ entzogen werden. Mit leicht erhöhten Kosten könnte man weltweit die Kernenergie auslaufen lassen. Wenn nicht bald eine politische Einigung auf Klimamaßnahmen erfolgt, ist das 2°C-Ziel praktisch nicht mehr zu erreichen. Die Autoren warnen vor den hohen Risiken eines Geo-Engineering, also den Versuch, Sonnenstrahlen durch eine künstliche „Verschmutzung“ der oberen Luftschichten von der Erde fernzuhalten, um die Erderwärmung zu begrenzen. Wenn man sich weltweit auf eine fleischarme Ernährung einstellt, könnten die landwirtschaftlichen Emissionsschäden deutlich gesenkt werden. Da durch den globalisierten Außenhandel nationale Klimaschutzziele unwirksam sind, weil es eine Produktionsverlagerung energieintensiver Produkte in Ländern ohne eine ambitionierte Klimapolitik geben könnte, sind weltweite Vereinbarungen notwendig.

Anschließend werden verschiedene Anpassungsstrategien an den Klimawandel diskutiert, wie verstärkter Küstenschutz, besseres Wassermanagement, Migration, Schutz vor Naturkatastrophen etc. Da ein Teil des Anstiegs der Temperaturen weltweit irreversibel ist, sind solche Strategien unverzichtbar. Wesentlich ist zunächst die Armutsbekämpfung, weil sie die Selbsthilfefähigkeit und die Möglichkeiten zur Anpassung bei der armen Bevölkerung erhöht. Angesichts der durch den Klimawandel verursachten regionalen Wasserknappheiten und einer vielfach stark wachsenden Bevölkerung wird die Verfügbarkeit ausreichender Wassermengen in hinreichender Qualität in vielen Weltregionen zu einem zunehmenden Problem.

Das abschließende sechste Kapitel zeigt wesentliche Inhalte eines *Global Deals* für eine Klimaschutz- und Entwicklungspolitik auf. Die Autoren plädieren im Sinne einer konkreten Utopie für einen „Globalen Deal“ für Klima und Entwicklung, der fünf Elemente enthält:

1. CO₂-Begrenzung und den Handel von CO₂-Rechten,

2. Nachhaltige Nutzung von Wäldern,
3. Förderung und Austausch klimafreundlicher Technologien,
4. Internationale Unterstützung zur Anpassung an den Klimawandel,
5. Entwicklungspolitik zur Armutsbekämpfung.

Zur Umsetzung sind starke internationale und nationale Institutionen erforderlich. Dabei ist von dem enttäuschenden Ergebnis des Klimagipfels von Kopenhagen auszugehen und ein neuer Anlauf für globale Vereinbarungen und wirksamere globale Institutionen zu unternehmen. Erfreulicherweise werden dabei zentrale Probleme, die bei einer Umsetzung in den Entwicklungsländern selbst liegen, wie Korruption, Kapitalflucht, schlechte Regierungsführung etc. und die daraus erwachsenden Dilemmata (größere Bedürftigkeit von Ländern mit schlechter Regierungsführung) offen angesprochen. Der Bd. schließt mit 10 politischen Botschaf-

ten ab, in denen thesenartig die wesentlichen Inhalte zusammengefasst werden.

Der Bd. zeigt auf, dass es zahlreiche Möglichkeiten gibt, Klimaschutz und Armutsbekämpfung zu verbinden, so dass kein Grund zur Resignation besteht. Es ist positiv hervorzuheben, dass die Entstehung des Bandes auch mit Dialogprojekten verbunden war, in denen Fragen des Klimaschutzes mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Projektpartnern von Misereor debattiert wurden. Ebenso werden anschauliche Beispiele der Umsetzung einzelner Maßnahmen (z. B. Wassermanagement) angeführt. Es fließen auch Überlegungen zur Förderung von Versicherungen in Dritt-Welt-Ländern ein. Wie die USA und China, ohne die globale Klimapolitik erfolgreich nicht möglich ist, zum Mittun veranlasst werden können, kann allerdings auch hier nicht beantwortet werden.

Joachim Wiemeyer, Bochum

Jetzt die Zukunft gestalten

Helmut Renöckl/Stjepan Baloban (Hg): *Sozialethische Perspektiven*. Echter: Wien/Würzburg 2010, 390 S., ISBN 978-3-429-03234-0.

Der vorliegende Band gibt die Referate der Tagung der Vereinigung für katholische Sozialethik in Mitteleuropa wieder, die 2009 in Zagreb stattfand. An der Tagung nahmen ca. 140 Wissenschaftler aus 14 europäischen Ländern teil. Es sind 21 Beiträge enthalten (davon zwei in englischer Sprache). Eröffnet wird der Band durch den grundlegenden Beitrag von Markus Vogt zur zentralen Kategorie der Nachhaltigkeit, der die Perspektive des Kerninhalts der Tagung strukturiert.

Der erste Teil des Bandes umfasst Beiträge zu Zukunftsfragen von Gesellschaft und Wirtschaft. Zunächst behandelt der österreichische Diplomat Emil Brix (Wien) Fragen des (mittel-)europäischen Selbstverständnisses. Zu zentralen Zukunftsfragen



gehören auch Probleme der Bevölkerungsentwicklung und Migration. In zwei Beiträgen wird für Kroatien (Anđelko Akrap/Ivan Čipin, Zagreb) und die Slowakei (Ladislav Csonotos, Bratislava) aufgezeigt, dass sich dort – wie in den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern – die



Geburtenentwicklung deutlich unter dem zur Bestandserhaltung erforderlichen Niveau bewegt. So liegt Polen 2007 in Europa auf dem letzten Platz, dann die Slowakei, Litauen, Rumänien, Slowenien und Deutschland, während Island und Frankreich an der Spitze stehen und allein eine Geburtenziffer aufweisen, die ihre Bevölkerung konstant hält. Der dritte Beitrag des kroatischen Soziologen Dražen Živić (Vukovar) befasst sich mit der hohen Bedeutung der weltweiten Migrationsbewegungen: Insgesamt drei Prozent der Weltbevölkerung lebt und arbeitet außerhalb seines Heimatlandes.

Im Anschluß daran wird in zwei Beiträgen die Wirtschafts- und Finanzkrise analysiert. Der Grazer Finanzwissenschaftler Richard Sturn erläutert wesentliche Krisenursachen. Der Wiener Wirtschaftsethiker Klaus Gabriel beschreibt sozialethische Herausforderungen der Finanzkrise. Er weist vor allem auf eine ungeheure Aufblähung von Finanzmarkttransaktionen hin, wenn z. B. lediglich zwei Prozent des Devisenhandels etwas mit Außenhandelsgeschäften der Wirtschaft zu tun hat oder die durchschnittliche Haltedauer von Aktien von zehn Jahren (1980) auf sechs bis sieben Monate in der Gegenwart gesunken ist. Gabriel fordert eine Einordnung der Finanzwirtschaft in das Gemeinwohl ein, wozu eine Finanzmarkttransaktionssteuer einen Beitrag leisten könnte.

Zur umweltethischen Problematik enthält der Band die Beiträge von Herbert Prybl (Heiligenkreuz) und Reinhold Priewasser (Linz). Prybl behandelt die Notwendigkeit veränderter Konsumgewohnheiten, wobei er sich vor allem auf Dokumente der kirchlichen Sozialverkündigung stützt. Priewasser problematisiert angesichts einer wachsenden und nach mehr Wohlstand strebenden Weltbevölkerung den Ressourcenverbrauch, die unzureichende Aufnahmefähigkeit des Ökosystems für Schadstoffmedien und irreversible Eingriffe in die Natur (Abholzung tropischer Regenwälder), um die notwendige Dimension des Umsteuerungsprozesses deutlich zu machen.

Der zweite Teil der Beiträge beschäftigt sich mit zukunftsfähigen persönlichen Lebensstilen. Zunächst werden von Josip Balaban und Gordana Črpić (Zagreb) ausführlich die Ergebnisse der Europäischen Wertstudie für Kroatien geschildert. Es wird dabei darauf verwiesen, dass die Katholische Kirche im Vergleich zu anderen Institutionen der Gesellschaft dort noch über erhebliches Ansehen verfügt. Instruktiv ist der Beitrag von Ingeborg Gabriel über die notwendigen erheblichen Korrekturen des westlichen Lebensstils angesichts der globalen Herausforderungen von Ökologie und Armut und dem berechtigten Wunsch vieler Milliarden Menschen außerhalb Europas nach Verbesserung ihrer materiellen Lebensbedingungen.

Angesichts des Europäischen Einigungsprozesses behandelt der polnische Soziologe Wiesław Walkiewicz die Interdependenz von nationaler und europäischer Identität des Bürgers und die Notwendigkeit, ein europäisches Bewusstsein zu fördern. Sein Warschauer Kollege Francisek Kampka greift dann die Risiken modernen Lebens auf, wobei er die weltweiten Zusammenhänge von Armut und Ökologie thematisiert.

Der Erzbischof von Rijeka (Kroatien), Ivan Devčić, behandelt Fragen einer Zukunftsethik aus der Perspektive der Verantwortungsethik von Hans Jonas. Ebenso eher philosophisch ausgerichtet ist der Beitrag von Janez Juhant (Laibach, Slowenien), der die Frage der Nachhaltigkeit geistesgeschichtlich in Auseinandersetzung mit verschiedenen philosophischen Strömungen und Weltbildern einordnet und sich gegen evolutionär-darwinistische Weltbilder von Religionskritikern wie Dawkins abgrenzt. Der Zagreber Physiker Hrvoje Štefančić problematisiert die Frage, ob der westliche Lebensstil dauerhaft tragfähig (sustainable) ist, was er selbstverständlich verneint.

Im dritten Teil des Bandes wird der Beitrag der Kirche und der Christlichen Sozialethik für Europa und die Staaten Mittel- und Osteuropas dargestellt. Zunächst schildert der bekannte ungarische Religionssoziologe Miklós Tomka

(Budapest) die Ergebnisse der europäischen Wertstudie für die Länder Mittel- und Osteuropas, wobei interessante Vergleichszahlen länderspezifischer Entwicklungen aufgezeigt werden. Im Anschluß daran schildert der „Europa-Bischof“ der Österreichischen Bischofskonferenz Egon Kapellari (Graz-Sekau) die christliche Perspektive für Europa. Du-bravka Petrović berichtet über die Tätigkeit von drei zentralen sozialethischen Akteuren in der katholischen Kirche Kroatiens. Dies sind die Kommission *Iustitia et Pax*, das Franziskanische Institut für Friedenskultur (Split), das sich besonders der Aufarbeitung der Kriege und Konflikte auf dem Balkan nach 1990 widmet, und das Zentrum zur Förderung der Soziallehre der Kirche, das sich vor allem für die Verbreitung der Soziallehre durch entsprechende Publikationen, wissenschaftliche Tagungen und Dialoge mit Entscheidungsträgern einsetzt.

Der griechisch-katholische Professor für Moraltheologie in Iwano-Frankivsk, Volodymyr Sheremeta, schildert die ökologischen Herausforderungen in der Ukraine, zu denen neben den Folgelasten der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl noch viele andere Gebiete hoher Umweltbelastung gehören. Daher verweist er auf die Anstrengungen der Kirche, das ökologische Wertebewusstsein zu fördern.

In seinem abschließenden Beitrag greift Helmut Renöckl (Linz) grundsätzliche Herausforderungen innerhalb der Kirche selbst auf, wenn er den Pflichtzölibat in Frage stellt und – angesichts mehrerer Negativerfahrungen mit Bischofsernennungen in der österreichischen Kirche – allgemein eine größere Beteiligung der Ortskirchen, von Priestern und Laien in der Kirche, auch bei der Berufung von Bischöfen einfordert.

Der Band belegt das verdienstvolle Engagement, das die Vereinigung für katholische Sozialethik in Mitteleuropa zeigt. In vielen postkommunistischen Ländern sind nämlich die Kirchen an den gesellschaftlichen Rand gedrängt worden, so dass der Verbreitung christlich-sozialen Denkens ein hoher Stellenwert zukommt.

Joachim Wiemeyer, Bochum

Theologischer Rationalismus und politische Rationalität im Gespräch

Bourgine, Benoît/Eggensperger, Thomas/Materne, Pierre-Yves (Hg.): *Theologische Vernunft – Politische Vernunft. Religion im öffentlichen Raum. Raison théologique – raison politique. La religion dans l'espace public. Münster: Lit 2010, 144 S., ISBN 978-3-643-10421-2.*

Im September 2008 fand im belgischen Louvain la Neuve der sechste theologische Kongress für Dominikaner und Dominkanerinnen in Europa statt. Das Thema lautete „Theologischer Rationalismus – politische Rationalität. Theologie im Öffentlichen Raum“. 2010 wurden die Beiträge im oben genannten Band der Reihe „Kultur und Religion in Europa“, die vom Institut M.-Dominique Chenu – Espaces Berlin betreut wird, veröffentlicht.

Am Beginn des Sammelbands stehen fünf Fragen zum Verhältnis von Religion und Politik jeweils in deutscher und französischer Sprache. Es fällt auf, dass die Übersetzungen nicht immer eindeutig sind, was indessen die herausgeberische Leistung nicht schmälert, die Beiträge dank kurzer Zusammenfassungen in der jeweils anderen Sprache sowohl einem deutsch- als auch einem französischsprachigen Publikum zugänglich gemacht zu haben. Es zeugt vielmehr von der nicht zu unterschätzenden Schwierigkeit, theologische und philosophische Konzepte in unterschiedliche Sprachräume zu vermitteln. Damit ist auch der Anknüpfungspunkt für den Beitrag benannt, den Walter Lesch unter dem Titel *Politische Rationalitäten und religiöse Überzeugungen: ein Übersetzungsproblem* beigesteuert hat. Für Lesch ist das Übersetzen theologische und ethische Schlüsselkompetenz.

Der in Brüssel lehrende Philosoph Jean-Marc Ferry stellt in seinem ursprünglich auf Französisch verfassten Artikel *Vernunft und Religion* das von ihm entwickelte Konzept der reflexiven Religiosität vor, wonach Glaube oder Unglaube in einer postmetaphysischen Gesellschaft eine praktische Entscheidung

auf der Basis eines gemeinhin geteilten theoretischen Agnostizismus sind.

Ignace Berten, der langjährige Direktor des dominikanischen Think-Tanks Espaces für Fragen der europäischen Einigung erkennt ein Hauptproblem der Kirche bei ihren Bemühungen, an der theologischen Debatte teilzunehmen, in einer unzureichenden Reflexion der theologischen Anthropologie, die sich allzu sehr auf den Naturbegriff verlässt und zu wenig auf die Beziehungsdimension stützt.

Im Anschluss an Max Weber ist für Burkhard Conrad „keine politische Theologie notwendig. Es genügt der gläubig gelassene Politiker, der seine existentiellen Fragen nicht aus dem politischen Geschäft heraushält, sie aber auch nicht in jeder Situation zur absoluten Maßgabe seines Handelns macht“ (S. 69). Christophe Boureau zieht im Bild des ‚chrétien abstinent‘ einen Vergleich zu dem sich der Wahl enthaltenden Bürger, um die Haltung vieler getaufter Franzosen zu verdeutlichen. Sich ihnen zuzuwenden ist die Aufgabe des Theologen, der sich in stiller Arbeit und unterhalb der offiziellen kirchlichen Verlautbarungen bewegt. Charles Morerod äußert in seinem Beitrag Zweifel an der Fähigkeit einer sogenannten neutralen Religionswissenschaft, religiöse Kultur zu vermitteln.

Jean-Pierre Delville beschreibt fünf Dimensionen prophetischer Existenz und exemplifiziert sie am Wirken der Gemeinschaft Sant Egidio. In Abgrenzung von Stanley Hauerwas insistiert Pierre Yves Materne auf die prophetische Kraft des Christentums, die sich unter der Voraussetzung entfalten kann, dass der Versuchung zum Elitedenken und Exklusivismus widerstanden wird.

Joseph Famerée vertritt die Auffassung, dass eine demokratischer verfasste Kirche auch zu einer entscheidenden Belebung der westlichen Demokratien beitragen könnte. Thomas Eggensperger diskutiert die Grenzen von Pluralismus und Toleranz als ein vielleicht unbequemes,



aber durchaus in der Rede von der Toleranz selbst eingebautes Anliegen.

Mit fünf starken Thesen setzt sich Carsten Barwasser von Autoren wie Ronald Dworkin, Richard Rorty und Ulrich Beck, aber auch den für Theologen verdaulicheren Jürgen Habermas ab, indem er darauf besteht, dass Kommunikation „einen Akt der Anerkennung voraus[setzt], der den Bereich rein empirischer, szientistischer Rationalität übersteigt und so möglicherweise eine Rationalität eröffnet, über die sich religiöse Aussagen vermitteln lassen“ (S. 180).

Der zunächst hermetisch wirkende aber durchaus lesenswerte Band wird abgeschlossen durch eine von Ulrich Engel verfasste Synthese aller Beiträge und endet mit dem Bild vom „leeren Stuhl, der auf den Messias wartet“, und dessen Relevanz für die Politik zuerst von der amerikanischen Philosophin Agnès Heller herausgestellt wurde.

Stefan Lunte, Bresson